

# Tierpolitische Mindestforderungen<sup>1</sup>

## 1 Hintergrund und Ziel

---

Die *Interdisziplinäre Arbeitsgruppe für eine Neue Tierpolitik* hat das Ziel, die gesellschaftliche Debatte zu Tierrechten voranzubringen, indem sie neue wissenschaftliche und philosophische Erkenntnisse für den politischen Diskurs aufbereitet. Daraus sollen umsetzbare Visionen für eine neue Tierpolitik entstehen.

Die folgende Liste ist eine erster Entwurf für politische Mindestforderungen, zu welchen sich ein Großteil der tierschutz- und tierrechtsaktiven Organisationen und Gruppierungen bekennen (könnten). Sobald weitgehender Konsens darüber unter den maßgeblichen Akteuren erzielt wurde, können diese Forderungen den politischen Parteien zur Diskussion vorgelegt werden, um die öffentliche Debatte über die deutsche Tierpolitik<sup>2</sup> anzuregen.

Die Begründungen sind zunächst nur stichwortartig angegeben, werden aber später weiter detailliert. Die Mindestforderungen sollten mittelfristig umsetzbar sein.

## 2 Mindestforderungen

---

### 2.1 Industrielle Tierhaltung abschaffen

#### 1. Verpflichtende Ziele zur Verringerung des Fleischkonsums und der –produktion (auf Bundes- und Länderebene).

Nur mit quantitativen und zeitlich klar definierten Zielen lassen sich die Klimaziele erreichen und Änderungen erreichen und messen. Die Ziele müssen mit Maßnahmen operationalisiert werden, diese können Verschärfungen der Haltungsbedingungen, zusätzliche Steuern und Abgaben, Grenzwerte, alternative Förderprogramme (z.B. bio-vegane Landwirtschaft), Aufklärungskampagnen, usw. beinhalten.

#### 2. Schrittweise Eliminierung aller direkten und indirekten Subventionen der Tierhaltung.

Unterziel: Transparenz schaffen über öffentliche Subventionen des Tierhaltungssektors, auch über die indirekte Förderung durch Subvention des Futteranbaus für Tiere.

Da Tierhaltung, insbesondere die industrielle Tierhaltung, und Exportstrategien von Fleisch-, Fisch- und Milchprodukten die Klimaziele Deutschlands unterlaufen und erwiesenermaßen negative Auswirkungen auf Umwelt und Klima, ist eine Subventionierung dieses Sektors nicht vertretbar. Zudem ist eine industrielle Tierhaltung aus ethischer Sicht kritisch zu sehen, da diese den Tieren systemimmanent das Ausleben ihrer fundamentalen Grundbedürfnisse vorenthält. [Fisch: Fokus ist zunächst auf Aquakulturen, wobei mittelfristig die gesamte Fischereiwirtschaft einbezogen werden sollte.]

Auch für die Tierhaltung in der biologischen Landwirtschaft sollten Subventionen sinken, ggf. langsamer als jene der konventionellen Landwirtschaft.

#### 3. Mindestproduktionsstandard für Fleisch gemäß EU-Ökoverordnung

Auch wenn dies den Tieren vergleichsweise wenig hilft<sup>3</sup>, sind Umweltauswirkungen bei Biohaltung deutlich geringer, da die Futtermittel nach Ökostandards produziert werden müssen, d.h. ohne Pestizide, künstlichen Düngereinsatz, etc. Die max. Anzahl Tiere in einem Gebiet ist beschränkt<sup>4</sup>. Höhere Preise können eine Verringerung des Fleischkonsums bewirken.

#### 4. Mehrwertsteuererhöhung auf 19 % für Eier, Fisch-, Fleisch- und Milchprodukte

---

<sup>1</sup> Koordination und Idee: Kristian Petrick & Philipp von Gall, Stand: Mai 2016

<sup>2</sup> Wir möchten den Begriff der „Tierpolitik“ etablieren, wobei wir darunter ein Politikfeld verstehen, in dem die Bedürfnisse und Interesse der Tiere unter Berücksichtigung anderer gesellschaftlicher Belange, z.B. der Armutsbekämpfung oder des Klimaschutzes geregelt werden.

<sup>3</sup> <http://gruene-woche-demaskieren.de/wp-content/uploads/2014/11/Kriterienvergleich-Bio-und-konventionell.pdf>

<sup>4</sup> Siehe dazu EG-Öko-Basisverordnung 2007, insbesondere §14-1d: „Die Futtermittel für die Tierhaltung sind hauptsächlich in dem Betrieb, in dem die Tiere gehalten werden, oder in anderen ökologischen/biologischen Betrieben im gleichen Gebiet zu erzeugen.“

Ein verminderter MwSt-Satz ist nicht zu rechtfertigen, da tierliche Produkte nicht lebensnotwendig sind. Externalitäten der Fleisch- und Milcherzeugung sind z.Zt. nicht eingepreist, daher müssen tierliche Produkte teurer werden, um die Behebung von Umwelt- und Klimaschäden zumindest teilweise finanzieren zu können. Siehe auch FÖS-Studie<sup>5</sup>.

Der ermässigte Steuersatz von 7% ist für folgende Umsätze zu streichen: Umsatzsteuergesetz §12, Anlage 2: laufende Nummer 1-5 [Lebende Tiere, Fleisch-, Fisch-, Milcherzeugnisse und andere Waren tierischen Ursprungs]. Zudem Umsätze aus §12, Abs. 2: „Aufzucht und das Halten von Vieh, die Teilnahme an Leistungsprüfungen für Tiere; die Leistungen, die unmittelbar der Vattertierhaltung, der Förderung der Tierzucht, der künstlichen Tierbesamung oder der Leistungs- und Qualitätsprüfung in der Tierzucht und in der Milchwirtschaft dienen“.<sup>6</sup>;

Ggf. können Ausnahmen für Bio-Tierprodukte in einer Übergangszeit gelten.

#### **5. Abgabe auf Stickstoffüberschüsse einführen**

Eine Stickstoffabgabe erhöht die Kosten der Fleischproduktion und hätte eine positive ökologische Lenkungswirkung (s. FÖS-Studie).

#### **6. Gabe von Antibiotika oder Hormonen nur als Reaktion auf eine individuelle Krankheit**

Massenhafter Antibiotikaeinsatz führt zu resistenten Keimen und belastet u.a. Grundwasser. Weitgehende Einschränkung führt zur Verringerung der Besatzdichte oder Unwirtschaftlichkeit bestimmter Haltungsformen (z.B. Putenmast). Vorbeugende Massnahmen zur Leistungsförderung und systembedingte Metaphylaxe sind zwar bereits verboten, müssen aber strenger kontrolliert und geahndet werden. Auch der Einsatz von Hormonen widerspricht der eigentlichen Zielsetzung des Arzneimittelgesetzes, welches vorsieht, Medikamente nur zur Heilung kranker Tiere einzusetzen.

*[4, 5 und 6 könnte man zusammenfassen unter: Kosten der industriellen Tierhaltung erhöhen*

#### **7. Kennzeichnungspflicht für verarbeitete Tierprodukte**

Für den Verbraucher muss klar erkennbar sein, in welchen Produkten Tierprodukte enthalten sind.

## **2.2 Andere Formen der Tiernutzung reduzieren**

#### **8. Verbot der Nutzung/Käfighaltung (Zoo, Zirkusse, Tierversuche) für Primaten, Delphine, Elefanten (kognitiv hochentwickelten Tieren)**

Es ist davon auszugehen, dass diese Tiere aufgrund ihrer kognitiven Fähigkeiten extrem unter Gefangenschaft leiden (Langeweile, fehlende soziale Bindungen, Freiheitsdrang, etc.).

#### **9. Wildtierversuch in Zirkussen und – mittelfristig – in Zoos**

Wilde Tiere scheuen per Definition den Menschen und können ihr natürliches Verhalten in Gefangenschaft nicht ausleben. Verbot des Einkauf von Neu- und Ersatztieren in Zoos, um Handel mit Tieren zu unterbinden. Nachzucht von in der Natur nur noch extrem selten vorkommenden Tieren ist eher willkürlich und von zweifelhaftem Erfolg, der Fokus muss auf der Förderung von Schutzgebieten liegen.

*[8 und 9 könnte man ggf. zusammenfassen]*

#### **10. Verbot von Tierversuchen in der Grundlagenforschung**

Wissenschaftliches Interesse darf nicht höheren Stellenwert haben als individuelles Tierwohl.

#### **11. Medizinische Forschung sowie Arzneimittel- und Chemikalienprüfverfahren auf tierversuchsfreie Verfahren umstellen (mit klaren Zieljahren)**

Z.Zt. *müssen* Tierversuche für bestimmte Substanzen durchgeführt werden. Hier müssen alternative Verfahren zugelassen werden, so dass Gesetze, die Tierversuche als Teil der Zulassung für Arzneien oder andere Substanzen vorschreiben, abgeschafft werden können. Es müssen klare Zieljahre gegeben werden, ab wann nur noch tierversuchsfreie Verfahren zulässig sind.

<sup>5</sup> <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20130529-foes-studie-fleischkonsum-oekonomische-instrumente.pdf>

<sup>6</sup> [http://www.gesetze-im-internet.de/ustg\\_1980/index.html](http://www.gesetze-im-internet.de/ustg_1980/index.html)

## 12. Einschränkung der Zucht von Haustieren (vorher: Zuchtverbot von Haustieren)

Vermeiden, dass Züchter auf Kosten von Tieren Geschäfte machen können. Haustiere sind zunächst aus Pflegeheimen zu vermitteln. Haustiernachwuchs wird es wahrscheinlich auch ohne Züchtung geben.

## 13. Einschränkung der Jagd (vorher: Ächtung der Jagd)

Es gibt Alternativen der Walderhaltung zur Jagd. Andererseits: Solange Fleisch gegessen wird, ist gejagtes Wild ggf. noch mit am wenigsten Leid verbunden. Naturverjüngung des Waldes ist ggf. ohne Jagd noch nicht ausreichend untersucht (s. Forderung nach Studienförderung). In jedem Fall sollte das Jagdverbot für Beutegreifer (Marder, Fuchs), Dachs, und mehrere Vogelarten gelten, die nicht für den Verzehr geschossen werden.

## 2.3 Rechtlichen und politischen Status von Tieren sicherstellen

### 14. Anwaltschaft tierlicher Interessen im politischen System schaffen

Einsetzen von Tieranwälten auf verschiedenen politischen Ebenen (Gemeinden, Bundesländern, Bund), die Tiere juristisch vertreten können. Daneben Einsatz von Tierbeauftragten (ähnlich Kinder- und Frauenbeauftragten), die bei bestimmten politischen oder rechtlichen Fragestellungen in die Abstimmungs-/Konsultationsprozesse mit eingebunden werden müssen.

Aufgaben und Entscheidungsfähigkeit der bestehenden Tierschutzbeauftragten müssen erweitert werden, um klare Verantwortlichkeit in der Entscheidungsfindung und der Durchsetzung tierlicher Interessen zu gewährleisten.

### 15. Ministeriums-Fachabteilung für das neue Politikfeld „Tierpolitik“ schaffen.

Unter dem Begriff der Tierpolitik wird ein Politikfeld verstanden, in dem die Belange der Tiere aus verschiedenen Perspektiven berücksichtigt und geregelt werden. Vergleichbare Politikfeldern sind z.B. die Umwelt- oder Familienpolitik. Die derzeitige Anordnung des Tierschutzes beim BMEL, d.h. bei Verbraucher- und Ernährungsinteressen, setzt die Nutzung des Tieres denklogisch voraus und ist daher zu ändern. Die Tierpolitik sollte daher anders angeordnet werden, z.B. zum Justizministerium (Rechteschutz), Innenministerium (sittliche Ordnung etc.) oder Umweltministerium (Umwelt-, Arten- und Klimaschutz).

### 16. Rechtlichen Status der „tierlichen Person“ einführen (neben natürlicher und juristischer Person)

Durch die Einführung des Personenstatus für Tiere, können diesen klar die im Gesetz bereits angelegten (und ggf. weitere) Rechte zugeordnet werden.

## 2.4 Staatliche Programme zu Alternativen der Tiernutzung fördern

### 17. Förderung des bio-vegane Landbaus

Es ist zu wenig Wissen vorhanden, wie ohne künstlichen oder Wirtschaftsdünger Landwirtschaft betrieben werden kann. Langfristig sollte nur bio-vegane Landbau Subventionen erhalten (soweit diese dann noch nötig sind).

### 18. Förderung der bio-vegane Ernährungsbildung

Es ist zu wenig Wissen vorhanden, wie man sich gut und gesund vegan ernähren kann, inklusive wissenschaftlicher Studien. Programme könnten auch in Schullehrpläne aufgenommen werden. Hier evtl. auch: Alternative Ernährungsformen und Tierethik verbindlich in den Unterricht/Unterrichtsmaterialien, Stopp des Schulmilchprogramms (es gibt sogar einen Weltschulmilchtag: <http://www.weltschulmilchtag.de/>).

*[18 könnte auch unter Punkt 19 gehen.]*

### 19. Förderung von wissenschaftlichen Studien, welche Konsequenzen einer Abkehr von der Tiernutzung untersuchen und Alternativen aufzeigen

In vielen Bereichen muss gezeigt werden, wie Alternativen aussehen können:

- Alternativen zu Tierversuchen (s. Ärzte gegen Tierversuche<sup>7</sup>)
- Beispiel Land- und Forstwirtschaft: Förderung von Studien zur Untersuchung der Entwicklung und Gesundheit von Tier-Populationen ohne menschliche Eingriffe und Auswirkungen auf Wald und Flur.

---

<sup>7</sup> [www.aerzte-gegen-tierversuche.de](http://www.aerzte-gegen-tierversuche.de)

- Andere Einkommensmöglichkeiten von Bauern und landwirtschaftlichen Betrieben
- Auswirkungen auf traditionelle Klein-Betriebe und Regionen und Alternativen (Schwarzwälder Schinken, Schweizer Käse, ... – soweit diese überhaupt noch lokal hergestellt werden)
- Konsequenzen einer rechtlichen Neudefinition von Tieren (domestizierte Tiere, wilde Tiere und Grenzgänger) untersuchen.
- Nationale Eiweißstrategie nicht (primär) auf die Eigenversorgung mit Futtermitteln, sondern auf die , sondern auf die Entwicklung pflanzlicher Alternativprodukte ausrichten.